



Haushaltsrede Bündnis90/Die GRÜNEN 7.3.2024

Herr Vorsitzender, sehr verehrte Damen und Herren,

ja, dass die Erhöhung der Grundsteuer in diesem Jahr vermieden wurde, kann man feiern, so wie wir das im Vorfeld bereits vernommen haben und hier heute Abend gehört.

Man muss aber auch feststellen, dass dies zum Teil teuer erkaufte wurde, und dass damit teils widersinnige Entscheidungen einhergehen, die uns langfristig eher schaden.

Auch wir Grünen sind in diese Beratungen gegangen mit dem Ziel, zu sparen und zu kürzen, wo es geht. Wir haben selbst keinen Antrag gestellt, der das städtische Budget zusätzlich belastet.

Wir haben viele Kürzungsvorschläge der anderen Fraktionen mit unterstützt. In anderen Fällen – wenn auch noch der letzte Wassertropfen der Friedrichsdorfer Brunnen im Sommer abgestellt werden sollte, haben wir uns dagegengestellt.

Für einen ganz klaren Fehler halten wir es, dass die Stelle der Klimaschutzmanagerin gestrichen wurde. Man entfernt damit die Person, die alles zusammenhält. **Damit wird dem gesamten Klimaschutzkonzept der Stecker gezogen!** Und wir haben bereits in den letzten Monaten gemerkt, dass leider vieles liegenbleibt, weil diese Stelle vakant geworden ist. Darauf sind wir schon mehrfach angesprochen worden.

Dieser Sparvorschlag, den wir übrigens abgelehnt haben, kam für uns letzte Woche im Ausschuss überraschend. Wir haben uns das Thema darum noch einmal genauer angesehen. Und wir stellen fest: Mit dem Integrierten Klimaschutzkonzept, das wir vor ziemlich genau einem Jahr hier **einstimmig** zur Umsetzung beschlossen haben, wird im Punkt 7 auch die Verstetigungsstrategie beschlossen. Diese Strategie beinhaltet ausdrücklich die Verstetigung der Stelle des Klimaschutzmanagements.

Und Verstetigung heißt ja eigentlich: Wir wollen nicht nur ein Papier mit Maßnahmen, sondern wir wollen, dass die Maßnahmen *umgesetzt* werden. Das muss koordiniert werden. Dazu müssen die verschiedenen Akteure zusammengebracht werden – Innerhalb der Stadtverwaltung aber auch außerhalb in die Stadtgesellschaft hinein muss das Thema dauerhaft bespielt werden, auch mit dem Klimabeirat. Die meisten der Maßnahmen sind direkt von der Stadt umzusetzen. Das Klimaschutzmanagement spielt also *die* entscheidende Rolle dabei, das auf den Weg zu bringen und das ganze vor allem auch zielstrebig zu verfolgen. Zudem ist diese Stelle mit 40% gefördert. Wenn wir die Stelle jetzt streichen, geht uns diese Förderung verloren. Eine Stelle zu streichen, bei der wir für 100% Arbeit nur 60% zahlen müssen. Das nenne ich mal gerade kein kostenbewusstes Handeln.

Um es noch mal ganz deutlich zu benennen: es ist absolut nicht nachvollziehbar, dass man sich politisch nicht an Beschlüsse hält, die wir vor gerade mal einem Jahr gefasst haben. **Mit so etwas macht sich die gesamte Stadtpolitik komplett unglaubwürdig.** Um diesen offensichtlichen Fehler zu korrigieren stellen wir heute einen Änderungsantrag, zu dem ich später komme.

Wo wir schon beim Klimaschutzkonzept sind, erinnere ich daran, dass die Option der Windkraft für Friedrichsdorf darin leider fehlt. Die einzig mögliche potenzielle Fläche wurde ausgeschlossen. Tatsächlich hätten wir die Diskussionen um den Haushalt in der Form nicht, wenn wir uns der Windkraft zuwenden würden.

Aktuell haben wir die Situation, dass rund um Friedrichsdorf und zwar in allen Richtungen – unsere Nachbarkommunen Windräder errichten, oder errichten werden, übrigens auch auf dem Taunuskamm. Das ist gut, denn klimaneutralen Strom brauchen wir mehr und mehr. Davon profitieren diese Gemeinden auch finanziell. Das bedeutet im Klartext: Wir dürfen uns die Nachbar-Windräder anschauen, nehmen dafür aber keinen Cent ein.

Wenn man sich die Kommunen des Hochtaunuskreises anschaut, die alle dieselbe hohe Kreisumlage wie wir zahlen – dann gibt es nur ganz wenige Gemeinden, die noch einen wirklich niedrigen Grundsteuersatz beibehalten können und das sind die Kommunen, die Einnahmen durch Windkraft generieren- Zum Beispiel Weilrod, das übrigens mit den Stimmen der FWG, der CDU und den Grünen pro Jahr mehr als 900.000 € aus der Windkraft in das Gemeindebudget einbringt. Mit solchen Einnahmen müssten wir uns heute keine Gedanken über die Erhöhung der Grundsteuer machen.

Aber zurück zum Stellenplan.

Denn ähnlich widersinnig geht es bei der Streichung der Museumspädagogik zu. Da plant man auf der einen Seite den großen Aufschlag im Philipp-Reis-Jubiläumsjahr, will sogar Philipp-Reis-Stadt werden, da saniert man aufwändig ein Philipp-Reis-Museum. Und dieses stößt seit der Wiedereröffnung auf großes Interesse. Im Radio, im Fernsehen und in der Presse wird berichtet. Und dann möchte man nichts tun um das Museum den Besucher*innen näherzubringen. Museumsarbeit ist weitausmehr als das Haus aufzuschließen und auf Besucher zu warten. Es geht darum, die Sammlungen den verschiedenen Besuchergruppen zugänglich zu machen und neue Gruppen anzusprechen. Das richtet sich an Kitas oder Schulklassen. Im Philipp-Reis-Haus hatten wir etwa Erfinderwerkstätten, die so erfolgreich waren, dass es lange Wartelisten gab. Es braucht auch Konzepte, die sich an Menschen mit Beeinträchtigung richten, es braucht zugeschnittene Angebote für Senior*innen oder auch für Gruppen mit Migrationshintergrund.

Man muss auch noch mal deutlich machen, dass zwei Vollzeit-Volontärsstellen gestrichen wurden, um die Museumspädagogik zu ermöglichen und Kontinuität zu schaffen. Nun sollen statt 2 Vollzeit nur noch eine halbe Stelle bleiben. Damit kann man den Betrieb von zwei Museen (das Heimatmuseum Seulberg wird ja auch bespielt) nicht stemmen und lässt ein großes Potenzial ungenutzt liegen.

Ich halte fest: Mit Kürzungen bei Klimaschutz und Bildungsarbeit werden wichtige Zukunftsaufgaben verhindert. Das möchten wir korrigieren.

Darum stellen wir folgenden **Änderungsantrag**:

„Die in der Sitzung des HFWD am 29.2.2024 beschlossene Streichung der Stelle Klimaschutzmanagement und der halben Stelle Museumspädagogik wird rückgängig gemacht. Zur Gegenfinanzierung wird die Position „Bauunterhaltung 6161000“ um 120.000 Euro gekürzt.“

Das bedeutet selbstverständlich Einschnitte oder Verzögerungen im Bereich der Gebäuderenovierungen. Aufgrund der mit den beiden Stellen verbundenen Tragweite, die ich ja dargestellt habe, halten wir dies jedoch für verschmerzbar und für einen gangbaren Weg um am Steuersatz nichts ändern zu müssen.

Die Haushaltberatungen hatten vor allem ein Ziel: Die Vermeidung der Grundsteuererhöhung zu erreichen. Das erreicht man nun unter anderem damit, dass man einfach mal die Einnahmenprognosen hochsetzt. Das kann man optimistisch nennen – wir halten es für sehr riskant.

An anderen Stellen führen die Budgetkürzungen dazu, dass die Verwaltung nur eingeschränkt handeln kann oder handlungsunfähig wird, wenn etwas Unvorhergesehenes eintritt. Insgesamt ein Kartenhaus, das beim kleinsten Lüftchen zusammenfällt.

Und: Am Ende des Planungszeitraums wird keine Reserve mehr da sein, das heißt, die Rücklagen werden fast komplett verbraucht sein. Bereits im nächsten Jahr erwarten wir ein Defizit von 8 Mio. Das ist wirklich desaströs! Das ist das Gegenteil von vorausschauendem und verantwortlichen Handeln.

Wir Grüne hätten eine moderate Steuererhöhung in diesem Jahr befürwortet. Wir sind als Stadt mit zunehmenden Verpflichtungen und erdrückenden Auflagen konfrontiert. Diese kommen in der Regel von übergeordneten Ebenen, Kreis, Land oder Bund. Wenn man sich allein den Bereich der Kinderbetreuung anschaut, ist der Zuschussbedarf von 8 Millionen vor 4 Jahren auf jetzt über 15 Millionen gestiegen. Hat

sich also fast verdoppelt. Und von den Kosten, die durch die verpflichtende Grundschulbetreuung noch auf uns zu kommen, haben wir hier noch gar nicht gesprochen.

Generell müsste die Grundsteuer eigentlich regelmäßig steigen. Denn diese Steuer hat keine Dynamik und wächst nicht mit den Preisen. Es braucht deswegen Hebesatzerhöhungen, um das Steueraufkommen beispielsweise an die Löhne und Einkommen oder steigende Preise – Stichwort Inflation - anzupassen. Die Grund- und Gewerbesteuer sind die entscheidenden Einnahmequellen für Kommunen. Sie tragen maßgeblich dazu bei, dass wir überhaupt noch eine gewisse finanzielle Autonomie behalten.

Wir befürchten, dass uns durch falsche Entscheidungen bei der Finanzplanung, die wir heute treffen, künftig Erhöhungen der Grund- und Gewerbesteuersätze in einem Ausmaß drohen, das wir nicht sehen möchten.

Zusammenfassend: Wir halten diesen Haushalt nicht für zukunftsweisend.

Wir haben uns dennoch entschlossen, ihn mitzutragen – und ich weiß, dass einige in unseren Reihen damit größte Bauchschmerzen haben. Wir sind jedoch der Meinung, dass die Stadt einen verabschiedeten Haushalt braucht und handlungsfähig bleiben muss. Wir wollen, dass die Kinderbetreuung in den verschiedenen Altersklassen gestärkt wird. Wir möchten Leistungen wie das Freibad, die Stadtbibliothek oder Kulturveranstaltungen ermöglichen. Wir sind dafür, Angebote für Senior*innen, Vereine und den Sport zu realisieren.

Sollte es nämlich keinen verabschiedeten Haushalt geben, MUSS die Stadt alle freiwilligen Leistungen automatisch streichen, da dann die Regeln der vorläufigen Haushaltsführung gelten. Darum stimmen wir heute dem Haushalt zu.

Ein letzter Punkt:

Im Zusammenhang mit den Haushaltsberatungen letzte Woche wurde mehrfach die konstruktive Zusammenarbeit gelobt. Diese wünsche ich mir auch in anderen Bereichen. Insbesondere bei dem wieder aktuellen Thema, der Entwicklung des Goers-Geländes. Wir hatten einen städtebaulichen Wettbewerb. Nun liegen uns drei prämierte Gewinnerentwürfe vor. Hier haben wir die Chance, dass es auf dieser Grundlage endlich vorankommen kann und ich finde es bedauerlich, wenn schon wieder reflexhaft die Wünsche und Versprechungen aus der Vergangenheit herangezogen werden und man sich mit den vorliegenden Entwürfen und den zugrundeliegenden Expertenmeinungen nicht einmal ernsthaft auseinandersetzt. Hier appelliere ich wirklich an konstruktive Zusammenarbeiten und an gemeinsame nach vorne schauen.

Wie immer gilt unser Dank dem Stadtkämmerer Herrn Hild und seinem Team für die Arbeit bei der Erstellung des Haushalts, und das in diesem Jahr in mehreren Runden. Auch allen Amtsleiterinnen und -leitern, die in den Haushaltsberatungen letzte Woche ausführlich mit Erläuterungen geholfen haben, ein herzliches Dankeschön, sowie insgesamt allen Bediensteten der Stadt für Ihre Arbeit.